



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom preußischen Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wahren und das allein habe ihn angetrieben, auf die Vermehrung seines Vermögens bedacht zu sein. Er habe sich ein Haus an der Ringstraße gekauft, weil ihm die Veräusserungen der Hausbesitzer unbequem geworden seien, sowie ein zweites in einer Vorstadt und außerdem eine Villa, weil sie ihm zu billigen Preisen angeboten worden. Wie leicht und bequem macht sich doch alles in dem Munde eines Volksredners; wenn doch auch Andere, die von der Wohnungsnoth in Wien zu leiden haben, so leicht zu ein paar Häusern kommen könnten!

Der Vorwurf aber, daß er nichts gegen die Mißbräuche und Uebelstände der Lemberg-Czernowitzer Bahn unternommen habe, wies er einfach damit ab, daß Galizien soweit von Wien abgelegen sei und man doch unmöglich von einem Verwaltungsrath verlangen könne, daß er an Ort und Stelle sich selber nach dem Stand der Sache umsehe. Mit solchen nichtigen Ausreden kann freilich Alles entschuldigt werden. Uebrigens war es seinen Zuhörern auch gar nicht um eine eigentliche Rechtfertigung zu thun. Nur Wenige wagten eine Interpellation und Zweifel an seinen Aussagen zu erheben; die große Masse aber schrie mit lauter Stimme ihr Bravo und votirte ihrem Giskra, dem Mann der Börse und Verwaltungsräthe, ein Vertrauens- und Dankesvotum. So endete diese Comödie. Aber wenn die Claque Beifall klatscht, so zischen die ehrlichen Leute. Die politische Rolle des Dr. Giskra ist hoffentlich auch in Oesterreich ausgespielt. In den Spalten der großen Bank- und Börsenblätter wird er allein noch mit andern fictiven Werthen gerühmt. Die abhängige Presse aber setzt ihn mit Ofenheim auf eine Bank.

Vom preussischen Landtag.

Berlin, den 12. Januar 1873.

Als ich Ihnen am 29. December v. Jahres über die Enthebung des Fürsten Bismarck vom Vorsitz im preussischen Staatsministerium schrieb, legte ich gar kein Gewicht auf den Umstand, daß der Vorsitz nicht auf eine bestimmte Persönlichkeit übergehen sollte, sondern auf das jeweilig anwesende älteste Mitglied des Ministeriums. So hatte die Cabinetsordre vom 21. December v. Jahres bestimmt. Ich legte kein Gewicht auf diesen Umstand, obwohl ich in meinem damaligen Briefe bereits die Provinzialcorrespondenz vom 27. December berücksichtigte, welche aus diesem Umstand unter Anderem herzuleiten suchte, daß Fürst Bismarck nach wie vor die Seele und das geistige Haupt des Ministeriums bleiben werde. Am 2. Januar erschien nun aber eine neue Cabinetsordre vom 1. Januar, worin Graf Koon zum dauernden Präsidenten des Staatsministeriums und der General v. Kameke zum zweiten Chef der Armeeverwaltung mit dem Rang eines Staatsministers ernannt wurden. An

demselben Tage mußte die Provinzialcorrespondenz ihren Artikel vom 27. December modificiren. Sie behielt die Ansicht zwar bei, daß das nunmehrige Ministerium Roon dem Geiste nach dasselbe sein werde, wie das formell nicht mehr bestehende Ministerium Bismarck, aber sie mußte natürlich die Thatsache anerkennen, daß die Enthebung des Fürsten Bismarck vom Vorsitz die Folge gehabt habe, dem Ministerium ein neues Haupt zu geben. Diese Dinge haben, wie der neue Ministerpräsident sich später im Abgeordnetenhaus ausdrückte, viel Staub aufgewirbelt. Es wurde sogleich die Vermuthung laut, Fürst Bismarck habe ein hauptloses Ministerium gewollt, um, ohne es nominell zu sein, das wirkliche Haupt zu bleiben; er sei mit diesem Plane unterlegen. Als ob dergleichen halbe, unklare Maßregeln nach dem Geschmack des Fürsten Bismarck wären, als ob seine sonstige Praxis solche Auskunfts Mittel zeigte! Es war im Grunde leicht zu sehen, daß die Cabinetsordre vom 21. December den Vorsitz im Staatsministerium nur interimistisch geregelt hatte. Man konnte die baldige definitive Regelung sogleich erwarten. Das Mißverständnis wurde eigentlich nur durch die Provinzialcorrespondenz hervorgerufen, welche auf den gleichsam offen gebliebenen Präsidialstuhl ein irrhümliches Gewicht legte. Kann aber ein halbamtliches Organ nicht einmal aus Mangel an genügender Information die erst halb vorliegenden Thatsachen irrig deuten? Die Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch die Annahme, das Präsidium des Grafen Roon bedeute eine Niederlage Bismarcks, war inzwischen so groß geworden, daß am 6. Januar sogar der Staatsanzeiger das Wort nahm, um die ursprüngliche Auffassung, der Provinzialcorrespondenz zu bestätigen, daß das nunmehrige Ministerium Roon unter eigenem Namen und unter eigener Verantwortung die Politik des Reichskanzlers in jeder Beziehung fortzuführen Willens und im Stande sein werde. Dies geschah am Tage vor der Wiedereröffnung der Landtagsitzungen. Als die Abgeordneten am 7. Januar wieder zusammentraten und der Haushalt des Ministeriums des Innern zur zweiten Berathung stand, gab der Abgeordnete Lasker den Zweifeln Ausdruck, ob das Ministerium Roon die Politik Bismarck in den innern Angelegenheiten Preußens fortsetzen werde. Nach derselben Richtung sprach in seiner wenig angemessenen Ausdrucksweise der Abgeordnete Virchow. Lasker führte als Zweifelsgrund an, daß Graf Roon Gegner der Kreisordnung gewesen sei. Dies war jedoch ein bloßes Gerücht und zwar ein falsches, wie aus den nicht anzuzweifelnden Erklärungen des Ministers des Innern und des Ministerpräsidenten hervorgeht. Herr Virchow führte als Zweifelsgrund an, daß Graf Roon sich noch niemals als Strohmann gezeigt habe. Solche cynische Art zu reden ist ein trauriges Vorrecht gewisser Oppositions-Wortführer in Deutschland. In England herrscht im Parlament der Ton der gebildeten Gesellschaft, und Ausnahmen werden nicht geduldet, oder die Redner, welche in einen plebejischen Ton verfallen, werden als unzurechnungs-

fähig und als Komiker behandelt. In Deutschland dagegen ist es leider bis jetzt möglich, daß ein Abgeordneter, der als Haupt einer Partei angesehen werden will, sich ausdrücken darf, als sei der Anschluß an die Politik eines anderen Staatsmannes gleichbedeutend mit der Rolle eines Strohmannes. Es stände schlimm in Zukunft um die Leitung der deutschen Dinge, wenn sich keine Staatsmänner von hervorragender Befähigung finden lassen wollten, welche auf ihrem Platz den leitenden Gedanken verwirklichen, auch wenn er nicht ihrem eigenen Haupt entsprungen. Wo dürfte man es wohl wagen, die Heerführer, welche Moltke's Kriegsplan verwirklichten, Strohänner zu nennen?

Alle Zweifel der öffentlichen Meinung sind vorläufig, wie auf einen Schlag verschwunden vor den kirchlichen Gesetzesvorlagen, welche am 9. Januar der Kultusminister im Abgeordnetenhaus einbrachte und mit welcher der Ministerpräsident sein Einverständnis nachdrücklich bekundete. Wenn ich nun vorstehend der Auffassung, es sei Graf Noen als Gegner des Fürsten Bismarck jemals vorzugsweise zu betrachten, jede Berechtigung für die Vergangenheit wie für die Zukunft abspreche, so ist es doch gut, sich nicht bloß an die offizielle und officöse Darstellung derjenigen Vorgänge zu halten, welche bei dem Wechsel im Vorsitz des preußischen Staatsministeriums gespielt haben. Der Grund, aus welchem Fürst Bismarck seine Enthebung beantragte, erscheint noch keineswegs klar ersichtlich, und ebenso zweifelhaft erscheint, welche Einrichtung Fürst Bismarck nach seinem Scheiden vom Präsidialstuhl zunächst beabsichtigt hat. Fürst Bismarck hat als Grund seines Enthebungsgesuches die Unmöglichkeit angegeben, bei schwankender Gesundheit den vollen Umfang der Geschäfte des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten gleichzeitig zu bewältigen. Die öffentliche Meinung hat jedoch mit Recht angenommen, daß der Fürst die Geschäftslast des Ministerpräsidenten darum auf die Dauer unerträglich gefunden habe, weil sie über das nothwendige Maß hinaus durch solche Hindernisse, die ihr nicht anzuhasten brauchten, vergrößert wird. Fürst Bismarck hat diese Hindernisse einmal selbst als landesübliche bezeichnen lassen, mit welcher Bezeichnung ihnen aber der Charakter der Ueberflüssigkeit durchaus nicht genommen werden sollte. Welches sind nun diese Hindernisse? Die öffentliche Meinung suchte sie, als der Rücktrittswunsch des Fürsten bekannt wurde, zuerst mit ziemlicher Einstimmigkeit in der collegialen Ministerialverfassung. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Verfassung nicht nur dem Fürsten schon früher Grund zu vielfachen Klagen gegeben, sondern daß sie überhaupt in Perioden drängender Umbildung zu einem großen Hinderniß werden kann. Dennoch ist diese Ministerialverfassung, deren Uebelstände der Fürst durch allmähliche Besetzung der wichtigeren Ministerstühle mit seiner Politik homogenen Persönlichkeiten — Leonhard, Camphausen, Falk — zu verringern gesucht, wahrscheinlich nicht der einzige Grund gewesen, welcher das Enthebungsgesuch des Fürsten in diesem Augenblick herbeigeführt hat. Ueber

einen dieser Gründe giebt eine Erklärung, welche der Fürst am 9. Januar im Reichsanzeiger erließ, einen merkwürdigen Fingerzeig. Nach derselben hat vor einigen Wochen Fürst Bismarck dem Kaiser angezeigt, daß ein Kammerherr der Kaiserin neben einer großen Beisteuer zu ultramontanen Agitationen gegen die Staatsregierung auch die Geldstrafe gedeckt hat, zu welcher ein polnischer Agitator wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden. Man sieht aus dieser Erklärung, daß die Führung des Widerstandes gegen den Fürsten Bismarck am Hofe und in der Nähe der Allerhöchsten Kreise liegt, und daß dieser Widerstand hervorgerufen ist durch die nationale Politik des Fürsten gegenüber der ultramontanen Fremdherrschaft, welche auf der katholischen Kirche Deutschlands lastet. Es läßt sich sehr wohl denken, daß Fürst Bismarck unter der Wahrnehmung, die von ihm als nothwendig erkannten Maßregeln auf dem Gebiet der Kirchenpolitik nicht ungeschmälert und nicht rechtzeitig durchführen zu können, die Verantwortung für die vielleicht dem preussischen Staat sehr gefährlichen Folgen dieser Hemmung nicht tragen wollte. Es scheint ferner, daß die Ablehnung dieser Verantwortlichkeit durch den Fürsten für den Augenblick die gute Folge gehabt hat, das Ministerium in seinem Dringen auf die Genehmigung eines Theiles der kirchlichen Vorlagen desto einstimmiger zu machen. Denn ohne diese Einstimmigkeit wäre die Einbringung der drei wichtigen Vorlagen am 9. Januar schwerlich schon erfolgt.

Wenn sonach über einen der Gründe, aus welchen Fürst Bismarck seine Enthebung vom Vorsitz im Staatsministerium beantragte, der Vermuthung nicht ein zuverlässiger Anhaltspunkt gebricht, so läßt sich mit nicht minderer Wahrscheinlichkeit auch eine Vermuthung aufstellen über diejenige Einrichtung, welche dem Fürsten zunächst natürlich und wünschenswerth erschien. Was konnte natürlicher sein, als die Erhebung des Grafen Roon, des längsten und intimsten Genossen der Politik Bismarck, zum Ministerpräsidenten? Was konnte aber auch natürlicher sein, als daß der von der Last seiner bisherigen Verwaltung schon längst gebeugte Kriegsminister diese Verwaltung abgab und sich mit dem ehrenvollen Posten des Ministerpräsidenten begnügte? Der Chef der Armeeverwaltung hätte dann gleich dem Chef der Admiralität in das Reichskanzleramt treten müssen, denn es giebt nur eine kaiserlich deutsche Armeeverwaltung, seitdem das deutsche Reich errichtet ist. Es scheint nun aber, daß der Kaiser selbst den Grafen Roon, den hochverdienten bisherigen Chef der Armeeverwaltung, an der Spitze dieser Verwaltung noch nicht gänzlich missen wollte. So ist die gegenwärtig geltende, als interimistisch zu betrachtende Auskunft ergriffen worden. Ehe sie gefunden ward, erschien bereits die Cabinetsordre vom 21. December, welche mit ihrem auf wenige Tage berechneten Interimistikum hinsichtlich des Vorsitzes das Mißverständnis der Provinzialcorrespondenz veranlaßte.

Inzwischen hat die gestern Abend hier eingetroffene „Kölnische Zeitung“

vom 11. Januar über einen weiteren Grund zu dem Enthebungsgesuch des Fürsten Bismarck vom Vorkitz im preussischen Staatsministerium einen nahezu authentischen Aufschluß gebracht. Der Leser erinnert sich, daß, als das Herrenhaus die Kreisordnungsvorlage zuerst durch eine Reihe von Abänderungen unannehmbar gemacht, dann schließlich verworfen hatte, die Landtagssession geschlossen wurde. Dem nach einer ganz kurzen Pause zu einer neuen Session berufenen Landtag wurde die Kreisordnung, und zwar zunächst dem Abgeordnetenhaus, sogleich wieder vorgelegt und im Herrenhaus die Annahme durch einen Pairsschub gesichert. In der Zeit nun, die zwischen den beiden Sessionen lag, hatte Fürst Bismarck einen andern Vorschlag gemacht. Seine Meinung war, man solle nicht sofort die Kreisordnung wieder einbringen, sondern zunächst eine Vorlage: bezweckend die Abänderung der Verfassung durch die Reform des Herrenhauses. Mit Bezug auf die Sicherung dieser Vorlage sollte der Pairsschub eingerichtet werden. Es scheint bei den Führern der liberalen Parteien vertraulich über die Aufnahme angefragt worden zu sein, welche dieser Plan finden würde. Die liberalen Führer zeigten sich ängstlich und abgeneigt. Sie fürchteten, es könnte als Gegenleistung für die Sicherung der ersuchten Kreisordnung ihnen die Zustimmung zu einer Gestaltung des Herrenhauses abgefordert werden, die ihnen nicht behagte. Sie wollten lieber die Kreisordnung ohne Aufschub erhalten und das Herrenhaus vorläufig behalten wie es ist. Die Meinung der liberalen Führer wäre für sich nicht entscheidend gewesen, aber einer Herrenhausreform widerstrebten außerdem gewichtige Einflüsse am Hof, und der liberale Theil des Ministeriums wollte, wie es scheint, unter Führung des Grafen Eulenburg, nicht in diesem Augenblick sich zugleich mit den liberalen Landtagsparteien und mit den dem Herrenhaus günstigen Einflüssen am Hof überwerfen. Die Majorität des Ministeriums stimmte dafür, die sofortige Annahme der Kreisordnung zu sichern, und damit sich zu begnügen. Fürst Bismarck und Graf Roon wurden überstimmt. — Ohne Zweifel wird man dem Fürsten Bismarck darin beistimmen müssen, daß mit der Verwerfung der Kreisordnungsvorlage ein Moment für die Reform des Herrenhauses gekommen war, wie er gleich günstig sobald nicht wiederkehren wird. Der Fürst scheint durch die Vereitelung seiner den richtigen Moment mit gewohntem Scharfsinn ergreifenden Absicht zur Beschleunigung seines Enthebungsgesuches bestimmt worden zu sein. Ihm schloß Graf Roon, der in derselben Lage war, überstimmt worden zu sein, und bei welchem Gesundheitsrückichten hinzutraten, sich mit einem Entlassungsgesuch an.

Als es sich um die Wiederbesetzung des Ministerpräsidentenstuhls handelte, scheint die Rede vom Grafen Eulenburg gewesen zu sein. Da erklärte Fürst Bismarck, unter diesen Umständen überhaupt nicht Mitglied des preussischen Ministeriums bleiben zu können. So wurde, nach der Darstellung der

„Kölnischen Zeitung“, Graf Roon bewogen, sein Entlassungsgesuch zurück- und den Vorsitz im Ministerium anzunehmen.

Ob, die Authenticität der von der „Kölnischen Zeitung“ gegebenen Darstellung vorausgesetzt, Fürst Bismarck und Graf Eulenburg, nachdem die Vorgänge, welche zu dem Enthebungsgesuch des Fürsten Bismarck geführt, und diejenigen, welche demselben gefolgt, in solcher Weise an die Deffentlichkeit gekommen, zusammen in einem und demselben Ministerium bleiben können, wird die nächste Zukunft lehren. Ueber die kirchlichen Vorlagen und Debatten dieser Woche in meinem Nächsten. C—r.

Beim Tode Kaiser Napoleon's III.

Wenn diese Zeilen erscheinen, ruht der Körper des Kaisers Napoleon III. in der Gruft zu Chislehurst, unter dem Sitze der Kirche, wo der lebende Kaiser in der Verbannung vor Gott zu treten pflegte. Was mag ihm in den zwei letzten, in den zwei härtesten Jahren seines Lebens durch die Seele gegangen sein, an dieser Stätte der Andacht, die seine Grabstätte werden sollte?

Er ist gestorben, fern von dem Lande seines Glanzes und Ruhmes, als Flüchtling, als entthronter Herrscher, auf fremdem Boden, nach jahrelangen, schweren, körperlichen Leiden. Doch auch an seinem Sterbelager ist der Haß und die Rache der Interessen, Parteien und Nationen, die er im Leben sich verfeindete, nicht verstummt. Unzählige Verwünschungen wider den Todten stößt die republikanische und legitimistische Presse seiner Heimath aus. Fast ebenso einmüthig verdammen die Tagesblätter Oesterreichs und der Schweiz den Kaiser. Altengland, sein letztes Asyl, begleitet nicht blos aus gastlicher Pflicht mit aufrichtiger Theilnahme und mit dem landesüblichen Anstand den Tod des Kaisers. Ein rührendes Zeugniß der unauslöschlichen Erinnerung der Völker für erwiesene Gutthat legt das italienische Volk ab durch seine Presse, sein Parlament, seine Regierung, den Manen des Mannes gegenüber, der einst den nationalen Gedanken Camillo Cavour's mit den Waffen zu Hülfe kam.

Und unter allen Völkern der Erde wird kaum eines milder, gerechter, unbefangener urtheilen über das Leben und den Werth des gestorbenen Kaisers, als das deutsche. Wohl wissen wir, daß der Niederhaltung und wenn möglich der Vernichtung der heiligsten Strebungen und Ziele unseres Volkes sein Sinnen, Planen und Rüsten galt seit bald zehn Jahren. Tausende und aber Tausende aus der Blüthe unserer Jugend sind in den Tod gegangen zur Abwehr des letzten verblendeten Angriffes, den er als Herrscher gegen uns unternahm. Und wie auf dem weiten Schlachtfeld um Sedan die Heere der Deutschen nach der blutigen Entscheidung, nach der Gefangennahme des Kaisers und seines letzten Heeres, einmüthig durch die Nacht sangen: „Nun danket alle Gott!“ so sah ganz Deutschland in dem Falle Bonoparte's wunderbar deutlich und herrlich die mächtige Fügung Gottes, und nicht minder ein Gottesurteil in der schweren Buße, in dem herben, geistigen und körperlichen Leid seiner letzten Jahre. Aber dennoch wagt unser Volk nicht, bei seinem Hintritt ihn zu richten, ihm allein aufzubürden das volle Maß der Schuld jener Thaten, die unter seinem Gebot geschehen sind. Ueberhaupt nicht Mitlebenden ziemt es ja, dem Mitlebenden das Urtheil zu sprechen.